EP-W-01-751

A – Was Wohlstand schützt

49. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Karlsruhe, 23. - 26. November 2023

Antragsteller*in:	BAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	11.10.2023

Änderungsantrag zu EP-W-01

Von Zeile 751 bis 758:
Das Erarbeiten dieser Standards muss demokratisch legitimiert sein. ~~Willkürlichen Konsortien internationaler Großunternehmen fehlt es daran. Wir wollen die Standardisierung daher ebenso für Entwickler*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen öffnen. Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr Engagement vergütet werden. Wir sehen es als zentrale Aufgabe der EU, über diese demokratische Governance zu wachen sowie für Planungs- und Investitionssicherheit zu sorgen. Die EU kann darüber hinaus durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, diese Standards am Markt durchzusetzen.~~Die Standardisierung muss offen für alle Entwickler*innen, die Zivilgesellschaft und kleine und mittlere Unternehmen sein. Damit alle unter gleichen Voraussetzungen an dieser Gestaltung mitwirken können, muss ihr Engagement vergütet werden. Standards müssen frei verfügbar, ohne Lizenz- oder Patentgebühren nutzbar, öffentlich erarbeitet werden und Open Source-Referenzimplementierungen entwickelt werden. Die EU sollte durch die Macht der öffentlichen Hand als Kundin einen entscheidenden Beitrag dazu leisten, präferiert Produkte zu kaufen welche diese Kriterien erfüllt.

Begründung

Staatliche Einflussnahme ist nicht per se richtig, stattdessen soll es um Mitmachmöglichkeit und demokratische Legitimation gehen.